

Basler, Hans-Peter

Article — Digitized Version

Brauchen wir eine Konjunkturtheorie?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Basler, Hans-Peter (1987) : Brauchen wir eine Konjunkturtheorie?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 2, pp. 102-108

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136250>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Brauchen wir eine Konjunkturtheorie?

Hans-Peter Basler, Frankfurt

Die Leistungsfähigkeit der Konjunkturtheorie gilt vielen Ökonomen als ungenügend und verbesserungsbedürftig. Kann eine brauchbare allgemeine Konjunkturtheorie überhaupt geschaffen werden? Dr. Hans-Peter Basler analysiert diese Frage vor dem Hintergrund der vergangenen Konjunkturschwankungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Theoretiker und Praktiker der Konjunkturanalyse begegnen sich mit Nachsicht. Dabei ist ein weniger zurückhaltender Umgangston durchaus vorstellbar: Ohne Orientierung hilflos im Nebel der statistischen Daten herumzuirren bzw. bei der theoretischen Fundierung eines wirtschaftlichen Phänomens, das tagtäglich in aller Munde ist, versagt zu haben, so könnten die wechselseitigen Vorwürfe lauten. Sie sind indes selten, ja die Konjunkturtheoretiker neigen sogar eher dazu, die eigene Profession ob des unbefriedigenden Zustandes der Konjunkturtheorie selbst zu bezichtigen¹.

Die Praktiker der Konjunkturanalyse – die Unterscheidung sei hier gestattet, auch wenn sie manchem, der sich in beiden Lagern zu Hause fühlt, möglicherweise etwas mißfällt – scheinen demgegenüber nur vergleichsweise wenig unter dem Theoriedefizit zu leiden. Sie stehen freilich auch nicht mit leeren Händen da: Fragmente existierender Konjunkturtheorien, Ad-hoc-Erklärungen, die Erfahrungen aus früheren Konjunkturverläufen und nicht zuletzt persönliche Alltagserfahrungen sind ihre Werkzeuge. Darüber hinaus können sie auf die Ergebnisse von Umfragen bei Unternehmen und Haushalten zurückgreifen, was für die hier zu behandelnde Frage einen wichtigen Aspekt enthält, der eine etwas genauere Betrachtung verdient: Umfragen scheinen nämlich einen Weg der authentischen und theoriefreien Realitätserfassung zu eröffnen, das gilt vor allem für Prognosen; man befragt die Akteure selbst nach ihren Plänen und Absichten und faßt die Ergebnisse anschließend zusammen, was prinzipiell gewiß einfacher ist, als zu versuchen, aus den verfügbaren statistischen

Daten unter Zuhilfenahme einer (fragwürdigen) Theorie die richtigen Schlußfolgerungen auf die künftige Entwicklung bestimmter gesamtwirtschaftlicher Größen zu ziehen.

Braucht man also keine Theorie mehr? Doch, denn Unternehmen und Haushalte kennen zwar ihr eigenes Verhalten, sie wissen in etwa, wie sie unter bestimmten wirtschaftlichen Datenkonstellationen entscheiden würden, was sie aber weniger gut kennen – wahrscheinlich weniger gut als die professionellen Wirtschaftsforscher – ist das gesamtwirtschaftliche Geschehen, das die für sie relevanten Datenkonstellationen hervorbringt. Mit anderen Worten: Die befragten Unternehmen und Haushalte benötigen zwar keine Theorie der Entscheidungsfindung, wohl aber einige Vorstellungen über den Ablauf des Wirtschaftsprozesses, um Prognosen stellen zu können. Durch Umfragen wird das Theorieproblem also nicht umgangen, sondern lediglich in modifizierter Form vom Fragenden auf den Befragten verlagert.

Alles in allem scheint die Gemütslage der praktischen Konjunkturforscher angesichts des unbestrittenen Theoriedefizits doch etwas ausgeglichener zu sein als die der Theoretiker. Jedenfalls kamen die jüngsten Anstöße zu vermehrter konjunkturtheoretischer Forschungsanstrengung von Wissenschaftlern: Zum Abschluß des Ottobeurer Wirtschaftswissenschaftlichen Seminars über das Thema „Perspektiven der Konjunkturforschung“ im Spätsommer 1983 rief Ott die Nationalökonomien der Bundesrepublik dazu auf, ein leistungsfähiges Konjunkturmodell zu schaffen. Und er for-

Dr. Hans-Peter Basler, 36, ist Mitarbeiter einer Bank in Frankfurt a. M.

¹ Beispiele hierfür finden sich etwa im Tagungsband des Ottobeurer Wirtschaftswissenschaftlichen Seminars 1983 über das Thema „Perspektiven der Konjunkturforschung“, hrsg. von G. Bombach, B. Gahlen, A. E. Ott, Tübingen 1984, S. 190.

mulierte ein Maximalprogramm der Anforderungen, das schrittweise realisiert werden soll². Dabei waren sich die Tagungsteilnehmer wohl einig, daß es grundsätzlich möglich sei, eine neue allgemeingültige Konjunkturtheorie zu entwickeln. Es wurde unterstellt, daß Konjunkturen keine historischen Einmaligkeiten seien, sondern Regelmäßigkeiten aufwiesen, die das Konjunkturphänomen theoretisch zugänglich machten.

Nimmt man das Vorhandensein immer wiederkehrender Elemente im Konjunkturverlauf dagegen nicht als gegeben an, dann muß der Forderung nach einer neuen Konjunkturtheorie die grundsätzliche Frage vorangestellt werden, ob eine brauchbare allgemeingültige Konjunkturtheorie überhaupt geschaffen werden kann. Freilich ist diese Frage weder neu noch unbeantwortet. Die prominenten Stimmen, die in diesem Zusammenhang üblicherweise zitiert werden, sind Lutz³ und Eucken, der 1934 dazu schrieb: „Die Einmaligkeit jeder individuellen Konjunkturlage erlaubt es nicht, ein allgemeines Konjunkturproblem aufzuwerfen und eine allgemeingültige Konjunkturtheorie zu entwickeln.“⁴ Nun läßt sich allerdings die Frage nach der Existenz gleichbleibender Konjunkturmuster nicht ein für allemal beantworten. Sie sollte von Zeit zu Zeit neu gestellt und aktuell beantwortet werden. Im nachfolgenden wird das versucht.

Zyklus oder Schwankung?

Ausgangspunkt ist die inzwischen geläufige Definition von Vosgerau, wonach „Konjunkturen mehrjährige Schwankungen der wirtschaftlichen Tätigkeit in einer Volkswirtschaft als Ganzes (sind), die bei allen Besonderheiten im einzelnen gewisse Regelmäßigkeiten aufweisen“⁵. Als Gegenstand der Konjunkturtheorie bezeichnet Vosgerau „die Erklärung der kumulativen Prozesse nach oben bzw. unten, der oberen bzw. unteren Umkehrpunkte und ihre Wiederkehr in nicht völlig unregelmäßigen Zeitabständen“. Die Definition erlaubt eine hilfreiche begriffliche Unterscheidung zwischen Konjunkturzyklus und -schwankung: Danach lassen sich Konjunkturzyklen verstehen als eine Untermenge jener Schwankungen gesamtwirtschaftlicher Aggregate im Zeitablauf, deren einzelne Phasen

- erstens „in nicht völlig unregelmäßigen Zeitabständen“ wiederkehren und
- zweitens „bei allen Besonderheiten im einzelnen gewisse Regelmäßigkeiten aufweisen“.

Sind diese – zwangsläufig etwas unscharf formulierten – Kriterien nicht erfüllt, dann liegt lediglich eine Konjunkturschwankung vor.

² Vgl. A. E. Ott in: Perspektiven der Konjunkturforschung . . . , a.a.O., S. 293 f.

Das Vorhaben, eine Konjunkturtheorie zu entwickeln, hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sich ein Zyklus in dem erwähnten Sinne nachweisen läßt. Gelingt dies nicht, dann entfällt die Begründung für eine Konjunkturtheorie. Dabei kann die empirische Überprüfung der Frage „Zyklus oder Schwankung“⁶ weitgehend auf die konjunkturellen Wendepunkte beschränkt werden, und zwar aus folgenden Gründen:

- Das jeweilige Wendepunktgeschehen ist – sofern es endogen bestimmt ist – nicht unabhängig davon, was in den vorangegangenen Aufschwungs- bzw. Abschwungsphasen passiert ist, es spiegelt dies vielmehr wider.
- Kumulative Aufschwungs- bzw. Abschwungsprozesse können mittels Einkommens- und Beschäftigungs- sowie Wachstums- und Inflationstheorien analysiert werden. Erst die spezielle Eignung zur Wendepunkteklärung macht eine Theorie bestimmter Provenienz zu einer Konjunkturtheorie.
- Zur Bestimmung der Länge der Aufschwungs- und Abschwungsphasen sind ohnehin die Wendepunkte heranzuziehen.

Das Untersuchungsziel besteht also darin, wendepunktcharakteristische Konstellationen makroökonomischer Aggregate oder anderer Einflußfaktoren – modern auch „stylized facts“ genannt – zu bestimmen. Lassen diese Datenkonstellationen Regelmäßigkeit erkennen, dann existiert ein Zyklus.

Konjunkturelle Wendepunkte seit 1965

Der Zeitraum seit 1965 umschließt jeweils fünf Phasen der Konjunkturabschwächung und des Konjunkturaufschwungs (gemessen an Rückgang bzw. Zunahme der trendbereinigten Industrieproduktion). Der längste Abschwung dauerte fast drei Jahre, von Anfang 1980 bis gegen Ende 1982, der kürzeste etwas mehr als ein Jahr, von Anfang 1977 bis zum Frühsommer 1978. Der kürzeste Aufschwung hielt ebenfalls nur etwas mehr als ein Jahr an, das Jahr 1972 mit den benachbarten Monaten, während der längste, er hält derzeit noch an, bisher länger als vier Jahre dauert.

Der erste hier zu behandelnde Abschwung begann Anfang 1965 fast unmerklich. Die konjunkturellen Spannungen hatten sich im Jahresverlauf allmählich vermin-

³ F. Lutz: Das Konjunkturproblem in der Nationalökonomie, Jena 1932, S. 164.

⁴ W. Eucken: Kapitaltheoretische Untersuchungen, Jena 1934, S. 18.

⁵ H.-J. Vosgerau: Konjunkturtheorie, in: HdWW, Band 4, S. 478.

⁶ Hierin eingeschlossen sind freilich auch Wachstumszyklen und -schwankungen, also das Auf und Ab von ausschließlich positiven Veränderungsdaten.

dert, namentlich im Investitionsgütergewerbe. Die Überforderung der Produktionsfaktoren dauerte aber insgesamt gesehen an; auf dem Arbeitsmarkt gab es 1965 im Jahresdurchschnitt mehr offene Stellen und weniger Arbeitslose als im Jahr davor. Manche Industriezweige waren mangels Arbeitskräften nach wie vor nicht in der Lage, ihre Produktion der expandierenden Nachfrage anzupassen. Der Preisindex für die Lebenshaltung überstieg sein Vorjahresniveau um rund 3½ %, was damals als weiteres Symptom für eine konjunkturelle Überhitzung interpretiert wurde.

Die ersten Anzeichen für eine allmähliche Abkühlung der Wirtschaftsaktivität waren daher nicht unwillkommen und lösten folglich in der Wirtschaft keine entsprechenden Reaktionen aus. Man dachte wohl nicht an die reale Möglichkeit einer Rezession, schließlich hatten sich Konjunkturabschwächungen in den zurückliegenden Jahren lediglich in geringeren Wachstumsraten geäußert. So stiegen die Effektivverdienste 1965 erneut sehr kräftig, wodurch die Erträge der Unternehmen von der Kostenseite her unter Druck gerieten. Der Rückgang der Investitionen, der anfänglich „eine natürliche Reaktion der Unternehmen auf die jahrelang stark forcierte Investitionstätigkeit“⁷ war, wurde dadurch wesentlich verstärkt, beeinträchtigte das übrige Wirtschaftsgeschehen und mündete in damals schmerzlich empfundene Rückschläge bei Produktion und Beschäftigung.

Die Rezession wurzelte allerdings nicht tief, so daß sie 1967 durch eine koordinierte antizyklische Fiskal- und Kreditpolitik rasch überwunden werden konnte. Insbesondere die private Investitionstätigkeit reagierte spontan auf die expansiven Impulse, die von der kreditpolitischen Lockerung und dem Konjunkturförderprogramm der Bundesregierung ausgingen. Die Konjunkturpolitik erlebte eine Sternstunde. Das neugeschaffene Instrumentarium zur antizyklischen Konjunktursteuerung, das im Sommer 1967 im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verankert worden war, fand eine schnelle Bestätigung seiner Wirksamkeit und begründete da-

durch einen – wie wir heute wissen – übersteigerten Optimismus in die Möglichkeit staatlicher Konjunktursteuerung, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung der Vollbeschäftigung. Die Auslandsnachfrage hat sich erst im Verlauf von 1968 verstärkt, zur Überwindung der Rezession im Jahre davor trug sie wenig bei.

Die Entwicklung 1970-73

Die nächste Bewährungsprobe hatte das neu gestaltete Instrumentarium der Konjunkturpolitik 1970 zu bestehen. Es galt, eine auf vollen Touren laufende Wirtschaft abzubremsen, ohne freilich eine Rezession auszulösen. Symptome der Überhitzung waren eine Preissteigerungsrate beim privaten Verbrauch von mehr als 3½ % gegenüber dem Vorjahr und 800 000 offene Stellen im Jahresdurchschnitt. Unter dem Eindruck der restriktiven konjunkturpolitischen Maßnahmen hat sich das Investitionsklima dann im Verlauf von 1970 abgekühlt. Hinzu kam, daß „sich die Investoren im vorangegangenen Aufschwung weniger denn je einer gewissen Investitions-Euphorie hatten entziehen können. Die Reduktion der Investitionsabsichten . . . war daher unvermeidlich“⁸, was sich ein Jahr später in einem gedämpften Wachstum der Anlageinvestitionen niederschlug. Unbeeinflusst von den wirtschaftspolitischen Bremsmanövern blieb allerdings der private Verbrauch; infolge der Lohn- und Gehaltsexplosion kamen von dieser Seite auch 1970 sehr kräftige positive Impulse. Alles in allem hat sich das Wirtschaftswachstum 1970/71 zwar abgeschwächt, wurde aber nicht negativ. Die Spannungen am Arbeitsmarkt hielten kaum vermindert an, und der Preisdruck nahm noch zu.

Im Jahr 1972 wuchsen die Wirtschaftsleistungen bereits wieder mit höherer Rate. Ungewöhnlich war dabei, daß die kräftigsten Impulse von der privaten Verbrauchsnachfrage kamen. Darüber hinaus wirkten auch zunehmende Wohnungsbauaufträge sowie überproportional

⁷ Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1967, S. 1.

⁸ Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1970, S. 5.

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

ISSN 0023-3439

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

steigende Staatsausgaben expansiv. Die Investitionen der Unternehmen trugen demgegenüber zunächst nur wenig zum Aufschwung bei.

Nachdem der erste Versuch, die inflationären Spannungen zu mindern und die Überforderung des Arbeitsmarktes abzubauen, wenig erfolgreich verlaufen war, unternahmen die Wirtschaftspolitiker der Bundesrepublik Anfang 1973 einen zweiten Anlauf, um den Konjunkturboom zu dämpfen. Dabei war von vornherein klar, daß man diesmal eine stärkere Dosierung der restriktiven Mittel wählen müssen, wofür die Kreditpolitik durch die Freigabe des Dollarwechselkurses im März 1973 wichtigen zusätzlichen Spielraum gewonnen hatte. Unter dem Einfluß eines einschneidenden Stabilitätsprogramms der Bundesregierung sowie restriktiver Maßnahmen der Bundesbank begannen sich die konjunkturellen Spannungen zu mildern, insbesondere wurde die zuvor sehr kräftige inländische Investitionsnachfrage gedämpft. Demgegenüber blieben die Entwicklung der privaten und staatlichen Verbrauchsausgaben sowie die Auslandsnachfrage weiterhin aufwärts gerichtet.

Die erste Ölkrise

Wie erfolgreich diese Politik am Ende tatsächlich hätte sein können, läßt sich freilich nicht sagen, da im Herbst 1973 – für die allermeisten überraschend – eine Ölkrise ausbrach (später wählte man häufig die etwas mildereren Formulierungen „Ölpreiskrise“ oder „Ölpreisschock“). Die drastische Ölverknappung und -verteuerung wurde in der ersten Zeit überwiegend als dauerhafte gravierende Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen empfunden. Der konjunkturellen Abschwächung im Inland wirkte allerdings noch bis Mitte 1974 eine zunehmende Auslandsnachfrage entgegen. Danach, als die weltweite Konjunkturlaute das Exportgeschäft stark beeinträchtigte, begann eine steile konjunkturelle Talfahrt, die bis Mitte 1975 anhielt. Sie wurde noch dadurch beschleunigt, daß die Unternehmenserträge wegen der, konjunkturell gesehen, unangemessenen Lohnerhöhungen des Jahres 1974 auch von der Kostenseite erheblich unter Druck gerieten.

Die Tarifparteien waren auf der einen Seite der Meinung, man könnte die negativen Wirkungen von Ölverteuerung und Rohstoffhausse auf den Lebensstandard der Arbeitnehmer durch entsprechende Lohnsteigerungen neutralisieren. Auf der anderen Seite erwartete man wohl, die aus den Tarifabschlüssen resultierenden Kostensteigerungen in den Preisen überwälzen zu können. Beide Auffassungen erwiesen sich letztlich als falsch, und die Lohnpolitik geriet in Kollision mit dem wirtschaftspolitischen Kurs, der darauf gerichtet war,

die aus dem Ölpreisschub herrührende Inflationierung eng zu begrenzen. Am Ende des Abschwungs war die Zahl der Arbeitslosen auf über eine Million gestiegen. Die Preissteigerungsrate blieb wegen der enormen Verteuerung des importierten Mineralöls sowie vieler ebenfalls im Preis gestiegener Rohstoffe aber vergleichsweise hoch.

Bei der Überwindung der bis dahin schwersten Rezession in der Bundesrepublik spielten – wie schon 1967 – die geld- und finanzpolitischen Maßnahmen zur Konjunkturanregung eine maßgebliche Rolle. Hohe Defizite in den öffentlichen Haushalten wurden als der konjunkturellen Lage angemessen erachtet und daher nicht nur toleriert, sondern durch eine kräftige Zunahme der Staatsausgaben sogar bewußt erhöht. So stiegen die Fehlbeträge der Gebietskörperschaften 1975 auf 66 Mrd. DM, nach 27 Mrd. DM im Jahr davor. Trotz dieser beträchtlichen öffentlichen Anstrengungen und einer von Mitte 1975 wieder aufwärtsgerichteten Auslandsnachfrage fehlte dem Aufschwung die Dynamik vergleichbarer früherer Konjunkturphasen. Die dramatische Verteuerung eines so wichtigen Energieträgers, wie es das Erdöl – damals mehr als heute – war, schien die Grenzen des Wachstums sichtbar werden zu lassen. Bei wirtschaftlichen Entscheidungen war von nun an eine weitere Restriktion ins Kalkül miteinzubeziehen, und diese Restriktion wurde als einschneidend empfunden.

Die Entwicklung ab 1976

Die nächste konjunkturelle Störung kam erneut von außen, wenn auch diesmal nicht von den Ölmärkten, sondern vom Welthandel. Sein Wachstum verlangsamte sich 1977 spürbar, und zudem beeinträchtigte die 1976 einsetzende reale Aufwertung der D-Mark das Exportgeschäft. Bremsend wirkte im Innern, daß die öffentlichen Hände seit 1976 versuchten, ihre zuvor extrem hohen Defizite zu verringern.

In der zweiten Jahreshälfte 1977 schwenkte die Finanzpolitik dann wieder auf Expansionskurs um. Zu den beschlossenen Maßnahmen gehörten u. a. das „Programm für Zukunftsinvestitionen“, das in den folgenden Jahren vor allem der Bauwirtschaft zugute kam, sowie ein Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung. So wurden die privaten Investitionen 1978 zur wichtigsten Antriebskraft des Konjunkturaufschwungs, zumal sich auch die Ertragslage merklich gebessert hatte. Die Auslandsnachfrage war von Anfang 1978 an moderat aufwärts gerichtet.

Anfang 1980 wurde die Wirtschaft der Bundesrepublik erneut von drastischen Preiserhöhungen für Rohöl,

aber auch für andere Rohstoffe überrascht. Anders als 1973 traf der zweite Ölpreisschock aber keine überhitzte Konjunktur, die bereits durch restriktive wirtschaftspolitische Maßnahmen abgekühlt werden sollte. Neben der Inlandsnachfrage reagierte diesmal auch die Auslandsnachfrage ohne nennenswerte Verzögerung negativ. Da zudem der Außenwert der D-Mark gedrückt war, schlugen die Preis- und Mengenwirkungen auf die Leistungsbilanz durch; sie war bis gegen Ende 1981 defizitär.

Aufgrund dieses außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts drohte der D-Mark international eine ernsthafte Vertrauensminderung, was die Geldpolitik zu einem restriktiveren Kurs zwang. Zu den daraus resultierenden Belastungen für die Wirtschaft kam hinzu, daß die Lasten der Anpassung an den enger gewordenen Einkommensspielraum in der Lohnrunde 1981 zuungunsten der Unternehmen verteilt wurden. Ähnlich wie bereits 1974 kam es 1981 erneut zu einer „Politikkollision“ zwischen Geld- und Lohnpolitik, auf die die Unternehmen in der Folgezeit mit Personalabbau reagierten.

Die höchst beunruhigende Erfahrung eines Leistungsbilanzdefizits gab dem Abschwung darüber hinaus eine neue Qualität. Man diagnostizierte nicht nur einschneidende Importpreiserhöhungen, sondern befürchtete auch wachsende Schwierigkeiten bei der Finanzierung der durch diese Preiserhöhungen verursachten außenwirtschaftlichen Defizite. Es zeichneten sich weltweit strukturelle Verschiebungen durch die aufkommende Konkurrenz von Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern (Niedriglohnländern) ab, auf die die industrialisierten Staaten mit verstärkten Modernisierungsanstrengungen bei ihren Produkten und Produktionsmitteln würden reagieren müssen, was selbst wiederum einen technologischen Wettstreit unter diesen nach sich ziehen müßte. Unter dem Begriff des „Strukturwandels“ werden seitdem diese vielfältigen nichtkonjunkturellen Phänomene zusammengefaßt, und zwar sowohl die ursächlichen Umwälzungen als auch die durch sie ausgelösten Anpassungsreaktionen – das Wort „Strukturwandel“ benennt also die Krankheit und ihre Therapie in einem.

Der Aufschwung ab 1982/83

Der um die Jahreswende 1982/83 beginnende Aufschwung wurde zunächst durch staatliche Maßnahmen zur Förderung gewerblicher Investitionen und zur zusätzlichen Förderung von Wohnungsneubauten ange-regt. Die Wirkungen ließen allerdings bald nach, und der Aufschwung hätte wohl ein frühes Ende gefunden, wäre die Auslandsnachfrage Mitte 1983 nicht sprunghaft ge-stiegen. Sie erhielt ihre Anstöße von der konjunkturellen Besserung in anderen Industrieländern, von einem im-

mer stärker werdenden US-Dollar sowie einer gesteigerten technischen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte; letztere war aber vermutlich nie so besorgnis-erregend gering gewesen, wie zu Beginn der 80er Jahre vielfach behauptet worden war (Stichwort: „Technologi-sche Lücke“). Es kam so ein kumulativer Aufwärtspro-zeß in Gang, der als nächstes die private Investitionstätigkeit belebte und schließlich auch den privaten Ver-brauch erfaßte.

Die weitere Entwicklung, der Zeitpunkt und die Um-stände des nächsten konjunkturellen Wendepunkts sind ungewiß. Offenkundig ist indes schon jetzt, daß das Er-scheinungsbild des aktuellen Aufschwungs deutlich von dem früherer abweicht: Das Sozialproduktswachstum vollzieht sich ohne inflationäre Spannungen, ja, die Preissteigerungen sind seit Beginn des Aufschwungs sogar mehr und mehr zurückgegangen, wofür zunächst binnen-, später dann außenwirtschaftliche Einflüsse den Ausschlag gaben. Der Staat enthält sich konjunktur-politischer Anregungsmaßnahmen und betreibt statt dessen recht erfolgreich eine Politik der Haushaltskon-solidierung. Die Lohnpolitik ist alles in allem moderat; sie ließ bisher jedenfalls zu, daß der Anteil der Bruttoein-kommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen auf ein Niveau steigen konnte, das dem Anfang der siebziger Jahre entspricht. (In der Zeit dazwischen hatte sich die funktionale Einkommensverteilung tendenziell zu Lasten der Unternehmen verändert.)

Verändertes Investitionsverhalten

Ferner weicht von den Erfahrungen mit früheren Kon-junkturaufschwüngen ab, daß die Bauwirtschaft dies-mal über längere Zeit nicht an der Konjunkturbesserung teilgenommen hatte. Und schließlich wird dieser Auf-schwung von einer (teilweise staatlich geförderten) Exi-stenzgründungswelle begleitet, der aber zugleich Insol-venzzahlen gegenüberstehen, die im längerfristigen Vergleich negative Rekorde darstellen. Insgesamt gese-hen deuten nicht wenige Indizien darauf hin, daß sich auch einige der Anreize und Sanktionen, die dem Wirt-schaftsprozeß immanent sind, in jüngster Zeit verändert haben, was sich allerdings noch nicht abschließend be-urteilen läßt.

Insgesamt umschließt der betrachtete Zeitraum seit 1965, einem Jahr mit oberem Wendepunkt, drei Kon-junkturschwankungen (1965-1969, 1973-1976, 1980- . .) und zwei Wachstumsschwankungen (1970-1972, 1977-1979) recht unterschiedlicher Länge. Der geringste Ab-stand zwischen den oberen Wendepunkten betrug rund drei Jahre (Anfang 1977 bis Anfang 1980), der größte wird mehr als doppelt so lang sein (Anfang 1980 bis . .). Die Länge der Auf- und Abschwungsphasen schwankte

– wie bereits erwähnt – zwischen einem Jahr und drei Jahren. Von einer Regelmäßigkeit in der zeitlichen Abfolge des Konjunkturgeschehens wird man demnach nicht sprechen können.

Die zeitliche Variabilität ist Reflex der geschilderten Wechselhaftigkeit konjunktureller Abläufe, deren wesentliche Züge hier nochmals kurz nachgezeichnet werden sollen: Für die Zeit Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre fanden sich Anzeichen für aus der Binnenwirtschaft kommende Einflüsse auf das konjunkturelle Wendepunktgeschehen. Eine besondere Rolle spielten dabei die gewerblichen Investoren, die ihre Sachkapazitäten oftmals „stärker ausgeweitet haben, als es den in nächster Zeit zu realisierenden Absatzchancen entsprach“⁹. Der permanent vorhandene ausgeprägte Investitionswille, der sich auf die Erwartung gründete, daß die erzeugten Produkte mit großer Wahrscheinlichkeit ihre Käufer finden würden, machte die Investitionen zum konjunkturellen „Vorreiter“. Auf zeitweise „überschießende“ Investitionen und unter dem Eindruck restriktiver wirtschaftspolitischer Maßnahmen haben die Unternehmen mit vorübergehender Investitionszurückhaltung reagiert. Diese sich wiederholende Verhaltensweise eröffnete theoretische Erklärungsmöglichkeiten im Sinne der Überinvestitionstheorie – sie war allerdings nicht von Dauer.

Die Rezession von 1975 brachte nämlich einen tiefgreifenden Umschwung; die Unternehmen orientierten sich von nun an bei ihren Investitionsentscheidungen vor allem an den für die nächste Zeit zu erwartenden Absatzchancen. Deutlich sichtbar wird dies seither zum einen daran, daß die Investitionen der einzelnen Wirtschaftszweige – bei weitgehend gleichen Rahmenbedingungen – der jeweiligen Geschäfts- und damit auch Ertragsentwicklung entsprechend sehr unterschiedlich ausfallen. Zum anderen offenbaren halbjährliche Unternehmensbefragungen über geplante Investitionen, wie rasch diese Pläne an Veränderungen der Geschäftsentwicklung angepaßt werden. Von einer Gefahr der Überinvestition spricht daher seit etwa zehn Jahren niemand mehr.

Wachsender Einfluß exogener Faktoren

Das gewandelte Investitionsverhalten ist im Zusammenhang mit dem zunehmenden Einfluß außenwirtschaftlicher Faktoren auf die Konjunktur zu sehen. So folgten die einschneidendsten Rezessionen jeweils auf die drastischen Ölpreisanhebungen von 1973 bzw. 1979/80. Darüber hinaus gingen von den Schwankungen der Auslandskonjunktur und der Wechselkursrelationen – wie berichtet – mannigfache Impulse auf die Binnenwirtschaft aus. Der konjunkturprägende Einfluß

der Investitionstätigkeit ist zugleich geringer geworden. Den vorsichtiger gewordenen Unternehmen erschien es vielfach wohl ratsamer, ihre Investitionen einem konjunkturellen Geschehen anzupassen, das mehr als früher von anderen bestimmt wurde, etwa – wie zu Beginn des gegenwärtigen Aufschwungs – von den Käufern deutscher Produkte im Ausland.

Das schwächte unvermeidlich die wirtschaftspolitischen Einwirkungsmöglichkeiten auf die Investitionsentscheidung; gelegentliche staatliche Investitionshilfen wurden zwar gerne „mitgenommen“, doch blieben sie ohne nachhaltige Wirkung. Das war in der ersten Hälfte des betrachteten Zeitraums, also etwa bis 1975, anders gewesen. Streckenweise wurde eine „stop-and-go“-Politik betrieben, wofür das damalige Investitionsverhalten günstige Ansatzpunkte bot. In den nachfolgenden Jahren ist die Wirtschaftspolitik – gewiß auch unter dem Einfluß der vordringenden angebotstheoretischen Gedanken – stetiger geworden.

Ausdruck für das Bemühen der Bundesbank um eine stetige monetäre Entwicklung ist die seit 1975 betriebene Geldmengensteuerung, für die jeweils ein Jahr im voraus eine Zielgröße für das Wachstum der Zentralbankgeldmenge festgesetzt und bekanntgegeben wird. Bei der Finanzpolitik kam hinzu, daß die wachsenden Defizite in den öffentlichen Haushalten den konjunkturpolitischen Spielraum zunehmend einengten. Angesichts dieser freiwilligen bzw. erzwungenen wirtschaftspolitischen Zurückhaltung erscheint die Endogenisierung des Staates in Konjunkturmodellen schon von daher heute nicht mehr ganz so dringend wie früher¹⁰.

Ob die Lohnpolitik auf dem Weg der letzten Jahre weitergehen wird oder ob in Zukunft erneut „Politikkollisionen“ zwischen dem Kurs der Wirtschaftspolitik und dem der Tarifparteien drohen, muß abgewartet werden. Die Chancen dafür, daß die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden, scheinen insofern günstig, als die Gewerkschaftspolitik derzeit ohnehin in Teilen neu durchdacht wird. Gewerkschafter selbst sprechen von einem Paradigmenwechsel. Er bezieht sich zwar in erster Linie auf die Haltung zu den neuen Techniken und zur Frage der Flexibilisierung der Arbeitszeit. Die lohnpolitischen Strategien können davon aber nicht unberührt bleiben.

Für die hier interessierende Frage kann resümierend festgehalten werden, daß der Konjunkturverlauf der

⁹ Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1970, S. 5.

¹⁰ Existierende Theorieansätze, die eine Endogenisierung des Staates versuchen, wie etwa die Vorstellung von einem politischen Konjunkturzyklus, nach der die gewählten Wirtschaftspolitiker die Konjunktur so steuern, daß Boom und Wahltermin zeitlich zusammenfallen, sind m. E. ohnehin wenig überzeugend.

letzten beiden Jahrzehnte in zunehmendem Maße durch exogene Faktoren, insbesondere außenwirtschaftliche, bestimmt wurde. Diese waren wechselnder Art, traten in unregelmäßigen Zeitabständen auf und konnten nicht vorhergesehen werden – jedenfalls wurden sie nicht vorhergesehen.

Sie beeinflussten nachhaltig das Verhalten relevanter Gruppen von Wirtschaftssubjekten und ließen regelmäßig wiederkehrende Elemente im Konjunkturverlauf immer weniger in Erscheinung treten. Schließlich liefert der aktuelle Konjunkturaufschwung nicht zu übersehende Zeichen dafür, daß auch die dem Wirtschaftsprozess immanenten Anreize und Sanktionen nicht unveränderlich sind, was die Konjunkturentwicklung noch weiter von dem Ideal zyklischer Regelmäßigkeit entfernen dürfte.

Dies alles berechtigt meines Erachtens zu der Schlußfolgerung, daß für die Bundesrepublik Deutschland die Existenz eines Konjunkturzyklus im Sinne der eingangs gegebenen Definition nicht unterstellt werden darf. Damit dürfte sich das reale Konjunkturphänomen in der Bundesrepublik einer umfassenden theoretischen Erklärung weitgehend verschließen.

Aufgaben der Konjunkturforschung

Wenn Konjunkturen wegen ihrer Wandelbarkeit als Ganzes theoretisch nicht durchdrungen werden können, muß dann (und kann dann auch) auf theoretische Konjunkturforschung überhaupt verzichtet werden? Hinweise darauf, wie diese Frage beantwortet werden könnte, finden sich bei Friedrich Lutz, der vor mehr als vierzig Jahren schrieb: „Nicht den allgemeinen Bedingungs-zusammenhang aufzuzeigen, dem der Konjunkturzyklus seine Existenz verdankt, nicht den Konjunkturzyklus als notwendig nachzuweisen, ist die Aufgabe,

¹¹ F. Lutz, a.a.O., S. 169.

die das Konjunkturphänomen der reinen Theorie stellt“, vielmehr soll sie „die Wirkungen von Datenänderungen (untersuchen), die alle im konkreten Fall auf den Konjunkturverlauf einwirken können, (sie) weitet so den theoretischen Apparat aus und erhöht damit seine Brauchbarkeit“. Sie trägt dazu bei, „das konkrete Konjunkturgeschehen in seiner vollen Gegenständlichkeit zu erfassen und seine konkrete Verursachung aufzudecken“¹¹. Hier wird der Anspruch an die theoretische Konjunkturforschung auf jenes realistische Maß reduziert, das für die konkrete Konjunkturanalyse theoretische Hilfe verspricht: Die Forderung nach Wendepunkt-erklärung, die für eine Konjunkturtheorie im strengen Sinne unverzichtbar ist, tritt zurück. Statt dessen rückt die Behandlung einzelner Konjunkturerscheinungen stärker in den Vordergrund. Zwar erfordert auch die Untersuchung spezieller Konjunkturabläufe gewisse Vorstellungen von der Wirkungsweise des Ganzen, ein umfassendes Konjunkturmodell dürfte aber entbehrlich sein.

Beispiele für solche gezielten Aufgabenstellungen sind etwa die Fragen nach den Auswirkungen des technischen Fortschritts, nach dem internationalen Konjunkturzusammenhang oder die „Evergreen-Fragen“, die sich um Lohnpolitik und Einkommensverteilung ranken (Kaufkraft- versus Ertragskraftargument). Von speziellem aktuellem Interesse dürften die Folgewirkungen des dritten Ölpreisschocks (diesmal mit umgekehrten Vorzeichen) auf das Konjunkturgeschehen sein.

Schließlich sollte die theoretische Konjunkturforschung der verbreiteten Unart entgegenwirken, die darin besteht, wirtschaftliche Zeitreihen, die den gleichen konjunkturellen Einflüssen unterliegen und daher zwangsläufig zueinander passen, allein schon deshalb kausal zu verknüpfen. So gesehen eröffnet sich einer praxisorientierten theoretischen Konjunkturforschung ein weites Feld.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Präsident: Prof. Dr. Armin Gutowski, Vizepräsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmahl)
Geschäftsführend: Dr. Otto G. Mayer

REDAKTION:
Dr. Klaus Kwasniewski (Chefredakteur), Dipl.-Vw. Rainer Erbe, Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Irene Wilson, M.A.

Anschrift der Redaktion: Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (0 40) 35 62 306/307

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages Weltarchiv GmbH ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Copyright bei Verlag Weltarchiv GmbH.

VERTRIEB:
manager magazin Verlagsgesellschaft mbH, Marketingabteilung, Postfach 11 1060, 2000 Hamburg 11, Tel.: (0 40) 30 07 624

Bezugspreise: Einzelheft: DM 8,50, Jahresabonnement DM 96,- (Studenten: DM 48,-)

VERLAG UND HERSTELLUNG:
Verlag Weltarchiv GmbH, Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (0 40) 35 62 500

Anzeigenpreisliste: Nr. 13 vom 1. 1. 1983

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: Wünsch-Druck GmbH, 8430 Neumarkt/Opf.